

Pränumerationspreis: in loco: Ganzjährig 20 Kr., Halbjährig 10 Kr., Vierteljährig 5 Kr., Monatlich 1 Kr. 70 H.

Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

Verkauft werden in der Administration dieses Blattes (Wintergasse 9) angenommen; ferner bei den Annoncen-Expeditoren: in Budapest: Bernhard Eckstein, A. V. Goldberger, Haasenstein & Vogler, Julius Leopold; in Wien: A. Oppelik, J. Danneberg, H. Schalek, M. Dukes Nachf. (M. Augenthaler & E. Lessner), Haasenstein & Vogler, E. Mosse, E. Braun; in Berlin, Hamburg, Paris: Haasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: Haasenstein & Vogler, G. L. Daube & Co.

Abonnements-Bureau: In Mediasch bei J. Hedrich's Erben, Buchhandlung; in Mühlabach bei Josef Hlantz, Buchhandlung; in Klausenburg bei Johann Steln, Buchhandlung; in Kronstadt bei Melarlob Zeldner, Buchhandlung; in Hermannstadt bei Georg Serfözö, Kaufmann, Schützengasse Nr. 17, und J. Frank, Kaufmann, Elisabethgasse 59, wofür die Abonnements-Beiträge franco erbeten werden.

Nr. 20.

Hermannstadt, Mittwoch den 25. Januar 1905.

121. Jahrgang.

Reichstagswähler-Verammlung.

Der Reichstagswähler-Verammlung des II. Hermannstädter Wahlbezirks Dr. Gustav Lindner lautet: „Geehrte Wählerversammlung! Der freundlichen Einladung uneres Kreiswahlschusses folgend, bin auch ich heute in Ihrer Mitte erschienen, um Ihnen im Verein mit meinem geehrten Kollegen einen Rechenschaftsbericht über die Legislaturperiode des auf den 24. October 1901 einberufenen Reichstages zu erstatten, der durch die von Sr. Majestät am 4. Januar d. J. erfolgte Auflösung des Abgeordnetenhauses den unvermeidlich gewordenen, vorzeitigen Abschluß gefunden hat.

Mein verehrter Colleague hat Ihnen die Hauptereignisse der abgelaufenen Session anschaulich geschildert, die mit dem harmonischen Dreiklang von „Recht, Gesetz und Gerechtigkeit“ eröffnet wurde und hierauf post varios casus ut tot discrimina rerum eine Parlamentskrisis zur Reife brachte, die nach Hinwegung von drei Ministerien und nach einem faulen Frieden und kurzen Waffenstillstand mit dem Ministerium der starken Hand mit der Dissonanz der technischen Obstruction, d. h. mit der offenen Auflehnung gegen das zur Sicherstellung geordneter parlamentarischer Arbeit geschaffene Hausgesetz, mit der thätlichen Mißhandlung wehrloser Soldatener, mit der vandalischen Zerstörung der Präsidenten-Tribüne und der Ministerfautenils und schließlich mit der gewaltthätigen Verhinderung der Constituierung des Abgeordnetenhauses endete.

Diese gefährliche Krise uneres parlamentarischen und staatlichen Lebens, die sich, angefaßt durch die leidenschaftlichen und ziellosen Agitationen einer fanatisirten Opposition, eben jetzt über das ganze Land mit unheimlicher Schnelligkeit auszubreiten beginnt, schon nach einigen Tagen in blutigen Wahlkämpfen zum Ausdruck kommen und im Verlaufe des Jahres Mitte Februar zusammen tretenden Abgeordnetenhauses hoffentlich doch ihr Ende erreichen wird, hat ihre Entstehungsursachen nicht nur in uneren „ungeordneten“ Parteiverhältnissen, in uneren Wahlgesetzen, in dem Verhalten unerer Regierungen bei den Wahlen, und endlich in den seit Jahrzehnten eingetragenen Wahlmissbräuchen und Verstärkungen, sondern auch in den Eigenümlichkeiten des für unser Land, wie es scheint, nicht ganz passenden parlamentarischen Systems. (So ist's!)

Man muß Heinrich von Treitschke Recht geben, wenn er den nur zu oft überschätzten Werth des parlamentarischen Systems für die Staaten des Continents auf das richtige Maß zurückführt in den Worten: „Das System der Parteiregierung hat sich noch in keiner großen Monarchie des Festlandes bewährt. Das frivole Treiben der neidischen Coterien, welche unter Ludwig Philipp mit der Staatsgewalt Faßball spielen, endete mit einem schmachvollen Bankbruch. Auch Cavour's Verwaltung bestätigte die Regel. Dem genialen Staatsmann gelang es für einige Jahre, das subalpine Parlament vollständig zu beherrschen und durch den großen Gedanken der Einheit Italiens die kleinen Parteigegeßnisse zum Schweigen zu bringen. Als bald nach seinem Tode riß ein zerfahrenes und verworrenes Treiben ein, das Niemand unerem Staate als Muster vorhalten wird. In England allein waren bisher die Bedingungen vorhanden, welche dem System der parlamentarischen Parteiregierung eine gesunde Entwicklung gesatteten; eine herabgewürdigte Krone, die sich des eigenen Willens begeben hat; ein großartig ausgebildetes, durch Reichthümern gesichertes Selbstgouvernement, das der Parteiregierung willkürliche Eingriffe in die Staatsverwaltung, in das Kirchen- und Schulwesen schlechterdings unmöglich macht; eine regierende Classe, welche die Aemter dieser Staatsverwaltung befehlt und den größten Theil der Steuerlast allein trägt; ein subalternes Beamtenthum, das der Aristokratie im socialen, wie im politischen Leben unterthänig ist; ein Parlament, das fast alle practisch-politischen Talente der Nation in sich vereinigt; ein Unterhaus, dessen Mitglieder größtentheils zum

Adel gehören, unter dem überwiegenden Einfluß der Aristokratie gewählt werden und darum der öffentlichen Meinung zugleich empfindlich und unabhängig gegenüberstehen; ein Oberhaus, das aus den Spitzen der im Hause der Gemeinen herrschenden Aristokratie gebildet ist, zwei große, durch Tradition und Familienverwandtschaft festverbundene Adelsparteien, welche über alle wesentlichen Verfassungsfragen einig sind; angesehene Führer, welche diese Parteien mit dictatorischer Gewalt leiten; ein Volk endlich, das mit wachsamem Freimuth die Regierung beaufsichtigt, aber zu der politischen Tüchtigkeit eines Adels ein großes Vertrauen hegt. Man schlage einen dieser Pfeiler hinweg und der mächtige kunstvolle Bau des englischen Parlaments kommt in's Schwanken.“

Was würde Treitschke sagen, wenn er die Kämpfe der letzten Jahre im österreichischen und ungarischen Parlament erlebt hätte? Wir müssen mit Bezug auf unser Land mit Freimuth eingestehen, daß uns so Manches abgeht, was in England das gedeihliche Wirken des parlamentarischen Systems bedingt und daß die Vergleichung unerer Verfassung mit der englischen, einige Mängellichkeiten abgerechnet, vollkommen unzutreffend ist, weil unjer Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsleben von dem englischen grundverschieden ist. (So ist's!)

In England stehen sich, abgesehen von kleineren Fractionen, zwei große Parteien, die Whigs und Tories gegenüber, deren Jede Trägerin eines großen Princips ist. Die Eine ist in stark ausgeprägter Weise die Wächterin der Freiheit und die Zweite nimmt die Ordnung in ihre besondere Obhut. Die Eine stellt die bewegende, die Andere die maßgebende Kraft des Staates dar. Politische Parteien im modernen Sinn bestehen bei uns eigentlich erst seit Einführung des parlamentarischen Systems; also seit 1848, beziehungsweise seit Wiederherstellung der Verfassung im Jahre 1867 auf Grund der 48-er Gesetze. Wer der Entwicklung uneres Verfassungslebens und der Thätigkeit unerer politischen Parteien seit 1867 mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, wird keinen Anstand nehmen zuzugestehen, daß es nur eine regierungsfähige Partei, die liberale Partei gegeben hat. Das beweist vor Allem die Fusion des sogenannten Linken Centrums mit der liberalen Partei, dessen Führer ihre Partei mit der herrschenden Partei verschmolzen um die Führerrolle in der neuen Partei an sich zu reißen.

Das beweist auch der erfolglose Versuch der sogenannten National-Partei, durch ihren Eintritt in die Regierungspartei zur Herrschaft zu gelangen. Als ihr Führer seine Hoffnung, die Herrschaft über die Regierungspartei zu erlangen, vereitelt sah, stieg er mit den Trümmern seiner Partei vom Präsidentenstuhle in die Niederungen der Opposition und steht heute als eifrigster Agitator in den ersten Reihen der Unabhängigkeits-Partei, die sich zwar momentan mit den Fractionen der clericalen, der Ugronisten und Banßpaner zum Sturze des Ministeriums Tiba verbündet hat, die aber kein Fata ihres politischen Programms, das gerade in der fernmagyarischen Bevölkerung des Landes tiefe und starke Wurzeln geschlagen hat, aufzugeben geneigt ist.

Auch in dem durch die Auflösung des Reichstages zeitweilig unterbrochenen Kampfe der politischen Parteien war der Lärm über die gewaltthätige Unterdrückung der Redefreiheit, über Maulkorb und Clotüre nur ein willkommener Vorwand zu endlosem Streit; die schlaue Ausnützung der Mängel und Lücken der Geschäftsordnung das geeigneteste Mittel zur Entziehung der materiellen Grundlagen für die verfassungsmäßige Regierung und Verwaltung, sowie zur Lähmung der Arbeit des Parlaments.

Das von der Unabhängigkeits-Partei ganz offen eingestandene und von lauen Freunden und Anhängern der Ausgleichs-Gesetze wenigstens im Vertrauen gutgeheißene Endziel ihres ganzen politischen Strebens ist: Rückkehr zur Personalunion, Schaffung eines mächtigen, magyarischen Nationalstaates, Organisation eines selbstständigen ungarischen Heeres mit eigenen technischen Truppenkörpern und magyarischer Commando- und Dienstsprache und wirtschaftliche Trennung von Oesterreich. Ja,

man kann sagen: Auch viele magyarische Anhänger des 1867-er Ausgleichs sehen heute die Hauptaufgabe ihrer politischen Wirksamkeit in der möglichst vollständigen Ausgestaltung des magyarischen Nationalstaates, also in der Suprematie des Magyarenthums in Ungarn und in seiner Hegemonie über Oesterreich.

Das Ministerium Tiba hat den Entwicklungs- und Lockerungsversuchen, betreffend das Verhältnis Ungarns zu Oesterreich vom Anbeginn seiner Wirksamkeit entschieden Widerstand geleistet und dies hat ihm in Verbindung mit jenen Theilen seines Regierungs-Programms, wo er die Thatsache betonte: „daß fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung nicht der magyarischen Rasse, sondern anderen Nationalitäten angehört, deren Rechte zu wahren, zu beachten und auch in Zukunft ehrlich zu respectiren und daß alle Bestrebungen und Interessen der fremdsprachigen Mitbürger mit brüderlicher Liebe und Sympathie aufzunehmen und zu pflegen seien, mit dem hochstehenden Gesichtspunkte des magyarischen Nationalstaates und mit der Integrität des Landes nicht im Widerspruch stehen“, — auch in manchen Kreisen uneres Volks Anhänger verschafft, weil auch die weitere Stelle seines Regierungs-Programms, „daß die Erwerbung und Befestigung des Vertrauens und der Sympathien der Bürger nichtungarischer Zunge in diesem Lande eine wichtige nationale Aufgabe und die Pflege des gegenseitigen guten Einvernehmens für die fremdsprachigen Mitbürger selbst eine Lebensfrage, gleichzeitig aber auch ein wichtiges Interesse der ungarischen Nation sei“ — als theilweise Wenderung des von den früheren Regierungen eingeschlagenen CurSES und als Geneigtheit zur Beachtung der Bestimmungen des Nationalitäten-Gesetzes gedeutet wurde.

Unter dem Eindruck dieser Programmpunkte fühlten die außerhalb der Parteien stehenden sächsischen Abgeordneten, welche sich verpflichtet fühlten, der Regierung im Kampfe gegen die Obstruction auch dann ihren Bestand zu leihen, wenn sie nicht in die Regierungspartei eintreten sollten, auf Grund einer Besprechung ihres Vertrauensmannes mit dem Regierungschef den einhelligen Beschluß, im Vertrauen auf eine loyale Durchführung des Regierungs-Programms des Minister-Präsidenten Grafen Stefan Tiba unter Beachtung des sächsischen Volks-Programms in die liberale Partei einzutreten.

Das Gefühl der Ruhe und Sicherheit, welches seit unerem Eintritt in die Regierungspartei in unerem Volke Wurzel gefaßt, sollte nicht lange währen. Der Volkschul-Gesetzesentwurf brachte uns Allen eine peinliche Ueberraschung, eine bittere Enttäuschung. (So ist's!)

Wiewohl sich die Regierungsvorlage in das bescheidene Reformkleid einer Novelle hüllte und der Unterrichtsminister in seiner Begründungsrede bei Eröffnung der von ihm einberufenen Enquete betonte, daß das zu schaffende Gesetz in Bezug auf den magyarischen Sprachunterricht nicht mehr verlange, als schon der 18. G.-A. vom Jahre 1879 — theils wegen Unzulänglichkeit der Mittel, theils aber auch wegen Indolenz, um nicht zu sagen, Renitenz der Schulkörper — ohne Erfolg verlangt habe, so fanden doch, wie die bis in die entlegensten Dörfer des Landes reichende tiefe und nachhaltige Erregung weiter Kreise deutlich erkennen ließ, die Schlussworte des Ministers an die scheidende Enquete: „daß es sich um eine große, weittragende, auf die ganze Zukunft der magyarischen Nation“ — und, so können wir hinzusetzen, wohl auch der betroffenen Nationalitäten und Confessionen — „einwirkende Reformfrage handle, bei deren Vorbereitung und Lösung die Regierung die öffentliche Meinung und die Zustimmung der ganzen Nation zu ihrem Mitarbeiter machen müße“, weit mehr Glauben und weckten schäme Befürchtungen.

Wir stehen, wenn wir den Volkschul-Gesetzesentwurf bekämpfen, auf einem nach jeder Richtung durch Staatsgrundgesetze vollständig gesicherten Standpunkt. (So ist's!) Wir vertreten nur die durch unjer erstes Volkschul-Landesgesetz, den 38. G.-A. vom Jahre 1868 sanctionirte Forderung, daß das Kind in seiner Muttersprache zu unterrichten sei. (Bravo!) Denn die Volksschule soll nicht die Aneignung von Sprach-

Feuilleton.

Ein Familien-Geheimniß.

Roman von Ernst Golling. (50. Fortsetzung.)

Hinter dieser neuen Aufgabe, die sich der Oberst gestellt hatte, und die er eifrig zu verfolgen begann, mußte das bisher im Vordergrund stehende Heiratsproject zurücktreten. Noch hatte er den ehemaligen Kammerdiener des Freiherrn von Banken nicht zu Gesicht bekommen, aber daran lag ja auch wenig. Er hatte über das Vorleben Ribbed's Erkundigungen eingekogen und unter Anderem erfahren, daß derselbe lange in Amerika gewesen war. Er bezweifelte jetzt nicht mehr, daß dieser Blinde jener Diener Ribbed sei.

Es war am zweiten Tage nach der Verhaftung Hedwig's, von welcher der Oberst noch nicht das Geringste wußte, als dieser sich nach dem Polizeipräsidium begab, um seinen Freund, den Detectiv Lenz aufzusuchen. Derselbe stand, als Oberst Rodenberg noch Premierlieutenant war, mit ihm bei demselben Regiment und hatte dem Oberst im letzten Riege einen wesentlichen Dienst zu leisten Gelegenheit gehabt; seitdem datirte die Freundschaft der beiden Männer. Nach dem Kriege hatte Lenz den Dienst quittirt und war zur Criminalpolizei übergegangen. Obwohl nun der Verkehr zwischen ihnen mit der Zeit ganz aufgehört, hatte der Oberst den damaligen Lieutenant Lenz im wärmsten Andenken behalten, und er war überzeugt, daß auch dieser ihn nicht vergessen hatte und ihm darum seine Hilfe nicht verweigern werde.

Als der Oberst zur Fahrt nach dem Alexanderplatz einen Pferdebestenwagen bestieg, sah er im Inneren desselben auf einer der fast leeren Bänke den Bankier Wechsel sitzen. Die Begegnung mit demselben war ihm heute nicht sehr angenehm, aber ein Zurückweichen seinerseits nicht

mehr möglich, denn Wechsel hatte ihn bereits bemerkt und grüßte sehr freundlich.

Der Oberst nahm neben ihm Platz und gab auf Befragen als Ziel seiner Fahrt den Alexanderplatz an.

„Ei, so fahren wir ja noch eine gute Strecke zusammen,“ sagte Wechsel, „was mir umso lieber ist, als mir gerade jetzt ein Gespräch mit Ihnen sehr erwünscht kommt.“ Und als ihn der Oberst etwas erstaunt ansah, fuhr er lächelnd fort: „Sie haben sich in der letzten Zeit recht selten gemacht, lieber Freund. Man bekommt fast gar nichts mehr von Ihnen zu hören. Ich weiß ja den Grund, aber meiner Ansicht nach verdient die fatale Geschichte, endlich ad acta gelegt zu werden. Mein Neffe ist übrigens stark auf dem Wege der Besserung, die Wunde heilt sehr schnell. Apropos! — Wie geht es Ihrem Herrn Schwiegerjohn? Hoffentlich nicht so schlimm, wie es die Zeitungen machen?“ plauderte der heute sehr redselige Bankier in einem Athem fort.

„Nein, die Gefahr ist vorüber,“ entgegnete kurz und wie es schien, verstimmt der Oberst.

Wechsel beachtete das nicht, sondern sprach lebhaft: „Das freut mich aufrichtig! Ich muß Ihnen gestehen, daß ich mit einer gewissen Angst die Zeitungsberichte las, es wurde ja ein wahrer Roman in Bezug auf die Krankheit geschmiebelt.“

„Ich weiß! Ich weiß!“ wehrte der Oberst ab. Der Gedanke, daß Wechsel oder überhaupt ein Fremder die Ursache erfahren möchte, beunruhigte und ängstigte ihn. Aber der Bankier äußerte nichts dergleichen, stimmte vielmehr in den wegwerfenden Ton des alten Herrn ein, indem er hastig sagte:

„Freilich, die Blätter fabeln alles Mögliche, man darf nie viel davon glauben.“

„Sie äußerten sich vorhin, als hätten Sie mir etwas Wichtiges mitzutheilen,“ entgegnete der Oberst, nur um das Gespräch von diesem ihm peinlichen Thema abzulenken.

„Ganz recht, Herr Oberst!“ fiel Wechsel ein. „Die Sache betrifft den Herrn Referendar in gewisser Beziehung.“

„Willi — meinen Enkel?“

„Zawohl. Es handelt sich um jenes — jenes Mädchen, um Fräulein Bordowich — oder wie sie heißt —. Aber Sie müssen es doch schon erfahren haben! Oder nein, wissen Sie wirklich noch nichts?“

„In der That nein! Wo von?“ entgegnete unruhig und bejorgt der Oberst. „Was ist geschehen? Hat das Mädchen etwa einen — Selbstmord begangen?“

Diese Annahme lag für ihn sehr nahe, da er Hedwig in der größten Verzweiflung verlassen hatte.

„Das wäre vielleicht unter den obwaltenden Umständen für sie das Beste gewesen,“ sagte Wechsel, „denn so geht sie ja doch früher oder später in Elend und Schande zugrunde.“

„Was sagen Sie?“ rief der Oberst betroffen und zugleich ärgerlich über den Gleichmuth des Bankiers.

„Sie werden mir Recht geben, Herr Oberst,“ fuhr Wechsel gelassen fort, während die Aufregung seines Zuhörers immer höher stieg. „Ich sage Ihnen — kurz: Das Mädchen hat gestohlen und sitzt jetzt im Gefängniß.“

„Nicht möglich!“ stieß der Oberst erschrocken hervor.

„Es ist, wie ich Ihnen sage. Und nun wird doch der Herr Referendar wohl endlich seine — Thorheit einsehen.“

„Aber woher wissen Sie —“

„Lassen Sie sich erzählen. Meine Frau und Tochter besorgten vorgestern einen Einkauf in dem Geschäft, wo das Mädchen angefaßt ist, und wurden auf raffinirte Weise von ihr bestohlen. Da sie hartnäckig leugnete, mußte Anzeige erstattet werden, und der Schluß dieser Geschichte wird sich ja nun vor dem Strafrichter abspielen.“ Ah! Es scheint Sie sehr erschreckt zu haben, Herr Oberst?“ legte Wechsel betreten hinzu. (Fortsetzung folgt.)

kenntnissen, sondern die Erwerbung der für das praktische Leben notwendigen Kenntnisse vermitteln. (So ist's.) Wir halten die Anschauung des Motivberichts der Regierung zum Gesetzentwurf über den magyrischen Sprachunterricht in der Volksschule: „die anderssprachigen Staatsbürger zu zwingen, daß sie außer ihrer Muttersprache auch die Staatsprache sich aneignen, wäre ein zweckloses Bestreben“ — für vollkommen richtig.

Es bestand und besteht aber auch kein zwingender Grund zur Schaffung der Volksschulgesetz-Novell: die Ueberwindung der Durchführung des 18. G. A. vom Jahre 1879 würde vollkommen genügen.

Daß die deutschen Schülerhalter ihre Culturpflicht bezüglich der Volkserziehung ernst nehmen und gewissenhaft erfüllt haben, ist durch den 26. Amtsbericht des Unterrichtsministers über das Volksschulwesen im Schuljahre 1895/6 erwiesen, indem es auf Seite 205 wörtlich heißt: „In Bezug auf das Religionsverhältnis war der Unterricht am vollkommensten bei den Befennern der Augsburgischen Confession, von denen 89.48 Percent die Schule besuchten.“ Vom Standpunkt der Muttersprache standen in Bezug auf den Schulbesuch an erster Stelle die Deutschen (Bravo!), von denen unter 1000 schulpflichtigen Kindern 918, an zweiter Stelle die Slovaken, von denen unter 1000 schulpflichtigen Kindern 848 und an dritter Stelle die Magyaren, von denen unter 1000 schulpflichtigen Kindern 832 die Schule besuchten.“

Und in dem Bericht der Regierung über das Jahr 1902 heißt es auf Seite 311: „Es besuchten von den schulpflichtigen deutschen Kindern im Jahre 1902 93.93 Percent, von den slovakischen Schulpflichtigen 87.64 Percent und von den Magyarschen 85.68 Percent die Schule.“ „Es stehen also bezüglich des Unterrichtes in Ungarn am besten die Deutschen; das staatsbildende („allamalkotó“) magyrische Element steht an dritter Stelle.“

In dem Bericht des Unterrichtsministers über seine Wirksamkeit im Jahre 1903 heißt es auf Seite 133 wörtlich: „Im Jahre 1903 war das unter meiner Leitung stehende Ministerium mit voller Energie bestrebt, die von meinem Amtsvorgänger unter Zahl 30332/1902 in Sachen des obligatorischen magyrischen Sprachunterrichtes erlassene Verordnung in Vollzug zu setzen.“ Und weiter: „Daneben wurden auch allgemeine Anordnungen in Bezug auf den erfolgreichen Unterricht der magyrischen Sprache getroffen. Hierher kann ich die in den Schulen der evangelischen Landeskirche A. B. in den Landestheilen jenseits des Königstheiles in Bezug auf den magyrischen Sprachunterricht getroffene und den Bestimmungen des 18. G. A. vom Jahre 1879 entsprechende Verfügung rechnen, nach welcher in diesen Schulen künftighin der magyrische Sprachunterricht nach der sogenannten directen Methode erteilt werden wird.“

Anstatt nun die Wirkungen der vom Unterrichtsministerium im Jahre 1903 getroffenen allgemeinen Anordnungen und der anbefohlenen Unterrichtsmethode ruhig abzuwarten und der amtlich constatirten Thatsache die nötige Beachtung zu schenken, daß die Zahl der magyrisch Lernenden und Verschenden stetig wächst, glaubt die Regierung der in unserem Staatsleben zur Zeit herrschenden Strömung zu Liebe rascher das ersehnte Endziel der Magyarisirung der Volksschule durch Schaffung eines neuen Volksschulgesetzes zu erreichen, dessen vortheilhafte Wirkungen noch keineswegs sichergestellt sind. (So ist's!)

Wir Alle sind ja weit entfernt davon, den Besitz von Sprachkenntnissen und gar die großen Vortheile zu unterschätzen, die die Kenntniß der Staatsprache gewährt. (So ist's!) Unser Volkprogramm erkennt die Berechtigung der Staatsprache ausdrücklich an. Sie herrscht ja heute schon uneingeschränkt auf allen Gebieten des Staatlebens, in der Gesetzgebung und Regierung, in der Rechtspflege, in allen Zweigen der Verwaltung, in den Mittel- und Hochschulen und in der Landwehr, zum Theil auch schon in der gemeinsamen Arme.

Nur in der Volksschule war ihre Herrschaft bisher noch etwas beschränkt und sollte es vom Standpunkt einer rationellen Gesetzgebung und Unterrichtspolitik auch bleiben. (So ist's!) Denn die Sprache ist in Staaten mit mehrsprachiger Bevölkerung nur das Mittel, die Staatsgeschäfte rasch und sicher zu erledigen. Zwar ist die Sprache der unentbehrliche oder doch weitestverbreitete Ausdruck des Gedankens, das naturgemäße Verkehrsmittel für individuelle, sociale und staatliche Bedürfnisse und Interessen. Aber der Gedanke, die Gesinnung, der Wille sind die Sprachbildner und Beherrscher. Es ist der Geist, der sich die Formen schafft. Wenn die unbeschränkte Herrschaft der Staatsprache die erfolgreiche Lösung von staatlichen oder gesetzgeberischen Arbeiten sicherstellen könnte, dann wäre, um ein nachliegendes Beispiel anzuführen, die eben unterbrochene Parlamentskrise ein Ding der Unmöglichkeit gewesen; dann hätten Gesetzgeber von Beruf, gebildete und politisch gekulte Männer derselben Rationalität und denselben Staates, die sich als echte Verfassungsfreunde und Patrioten fühlen, nicht Monate lang hin- und hergeredet, ohne sich zu verstehen. (So ist's! Heterkeit.) Und wird nicht auch in diesen Tagen fort und fort in der Staatsprache geredet und geschrieben und die Redner und die Schriftsteller verstehen sich absolut nicht, weil sie sich nicht verstehen — wollen. (Heterkeit. So ist's!)

Es bleibt ein psychologisches Räthsel, daß die Magyaren, zu deren schönsten Charaktereigenschaften das treue Festhalten an ihrem Volksthum gehört, das gleiche Gefühl bei ihren anderssprachigen Mitbürgern nicht nur nicht verstehen, sondern ohneweiters zu verlegen bereit sind. (So ist's!)

Es ist wahr: Auch wir hängen mit aller Wärme unseres Herzens und mit der ganzen Fähigkeit unseres germanischen Volksthumens an unserer Sprache und an unserem Volksthum. (Heilrufe!) Aber das hat uns niemals gehindert und wird uns niemals hindern, unsere Pflichten als Bürger auch unseres Staates und als Söhne dieses Landes treu und redlich zu erfüllen. (So ist's!)

Weil wir Recht und Gesetz achten und die gesetzgeberische Thätigkeit des Abgeordneten nicht als persönliches Privilegium zur straflosen Begehung strafwürdiger Handlungen, sondern als eine im Interesse des Gemeinwohles zu erfüllende ernste und verantwortungsvolle Pflicht ansehen, haben wir am 18. November das Princip der Ordnung und das Grundprincip des parlamentarischen Systems, die Herrschaft des Majoritätswillens über die anarchischen Bestrebungen der Minorität vertreten. Wir werden auch hinfort jede Regierung unterstützen, die auf dem Boden der Verfassung steht und die Arbeitsfähigkeit des Parlaments sicherstellen und unser staatliches Leben wieder in geordnete Bahnen zu lenken strebt.

In der Frage des Volksschul-Gesetzes freilich, wie überhaupt in allen Fragen, die unserer Ansicht nach den Bestand unseres Volksthumens gefährden, müssen wir unbesümmert um Drohungen und Versprechungen unseren eigenen Weg gehen. (Beifall!)

Auf eine Kritik des Volksschul-Gesetzentwurfes heute und an dieser Stelle einzugehen, scheint mir nicht geboten. Nur soviel sei gesagt: daß die in der Denkschrift des Landesconsistoriums gegen denselben erhobenen Bedenken und Weisungen für begründet halte und den im Beschluß unserer Comitatvertretung und in der Resolution der Wählerversammlung vom 19. December vertretenen Standpunkt acceptire. (Beifall!)

In der Volksschul-Gesetzfrage — das ist ein sprechender Beweis für ihre Wichtigkeit — hat sich eine seltene Einmütigkeit in unserem Volke, und auch im Kreise unserer sächsischen Abgeordneten die seit Jahren schmerzlich vermehrte Einigkeit geoffenbart. (Bravo!) Wenn wir aus der mitterlebten Parlamentskrise, die für uns einzig und allein heilsame Lehre abliehen, einzig zu bleiben und die Interessen unseres Volksthumens mit vereinter Kraft zu vertreten, dann dürfen wir hoffen zu retten, was zu retten überhaupt noch möglich ist.

Ob es uns gelingt, die Zurücknahme des Volksschul-Gesetzentwurfes oder auch nur nennenswerthe Milderungen seiner Härten durchzuführen, ist

fraglich; Eines aber ist und bleibt unbestreitbar, daß unserem Volk in seiner jetzigen Lage vor Allem Einigkeit noththut. (Bravo!)

Wir wollen, sollen, müssen sein ein einzig Volk von Brüdern In keiner Noth uns trennen und Gefahr.“ (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzer dankt den Abgeordneten für ihre Rechenschaftsberichte, denen die Wählerversammlung entnehmen hat, daß sie ihren Anschauungen entspricht. Wir haben aus den Berichten nicht entnehmen können, wissen es aber, daß sie in diesem Sinne lebhaft thätig gemein sind und hierfür danken wir ihnen. (Hoch!)

Auf die Aufforderung des Vorsitzers, sich zu den Rechenschaftsberichten zu äußern, erhebt sich Sparcassa-Director Dr. Karl Wolff und sagt Folgendes:

„Wie es schon der Herr Präsident gethan hat, so erlaube ich mir aus der Mitte der Wählerversammlung, den Herren Abgeordneten nicht nur den Dank für ihren Rechenschaftsbericht auszusprechen, sondern sie auch unserer Zustimmung zu ihrem Verhalten zu versichern und diese Zustimmung ohne Debatte auszudrücken durch ein kräftiges „Hoch“, das wir ihnen darbringen. (Lebhafte Hochrufe.)“

Wenn es das löbliche Präsidium gestattet und die sehr geehrten Wähler einverstanden sind, so erlaube ich mir auch auf dem zweiten Punkt der Tagesordnung, der mit dem ersten in innigem Zusammenhang steht, zur Candidation, überzugehen und um das Wort zu bitten.

Hochgeehrte Herren! Wie schon der Herr Abgeordneten-Candidat Dr. Brudner betont hat, hat der sächsische Centralauschuß den Kreis-auschuß empfohlen, „die Wahl solcher Reichstags-Abgeordneten zu unterstützen, welche die Gewähr für die wirksame Vertretung der im Sächsischen Volkprogramm niedergelegten Grundzüge bieten und bereit sind, auch weiter im Verbands der liberalen Reichstags-Partei für die Aufrechterhaltung der durch die Umsturzbestrebungen gefährdeten Staatsordnung einzutreten, wenn nicht Maßregeln, welche, wie der in verschärfter Form dem vorigen Reichstag vorgelegte Volksschul-Gesetzentwurf, den Bestand des sächsischen Volkes gefährden, die Zugehörigkeit unserer Abgeordneten zu der liberalen Reichstagspartei unmöglich machen.“

Der von den Wählern der beiden Hermannstädter Wahlbezirke eingeleitete sächsische Kreisauschuß hat diese Resolution zu der seinigen gemacht, und empfiehlt Ihnen, hochgeehrte Herren, auf dieser Grundlage die Candidaten für den Reichstag aufzustellen und zu Abgeordneten zu wählen.

Die erwähnte Resolution enthält zwei Forderungen. Die erste ist die, daß unsere Abgeordneten auf dem Boden des sächsischen Volkprogrammes stehen und die Gewähr für die wirksame Durchführung der darin enthaltenen Grundzüge bieten. Diese Forderung ist selbstverständlich, eine weitere Begründung ist überflüssig. Dagegen bedarf die zweite Forderung, daß unsere Abgeordneten auch weiter in der liberalen Reichstags-Partei für die bestehende staatliche Ordnung eintreten sollen, wohl einer Begründung. Es folgt uns Selbstüberwindung und Selbstverleugnung an der Seite einer solchen Regierung zu kämpfen, die den Volksschul-Gesetzentwurf eingebracht hat und wieder einbringen wird.

Aber wir können nicht anders handeln. Das sächsische Volkprogramm stellt an die Spitze die Verpflichtung, daß wir für das allerhöchste Habsburg lothringische Herrscherhaus und für den 1867-er Ausgleich einstehen, und mit Entschiedenheit allen Bestrebungen entgegenzutreten sollen und müssen, die auf die Lockerung der Beziehungen zwischen den beiden Theilen der Monarchie abzielen. Bei der scharfen Zuspitzung der Parteigegegnisse in unserem Vaterland, bei dem Anshwellen der Umsturzbestrebungen und Lockereibungsbestrebungen, bei dem schon ausgebrochenen Sturm, der dieses Land und uns in die Wirbel der Revolution zu schleudern strebt, können wir jene Verpflichtung des Volkprogramm nur im Verband der liberalen Partei erfüllen. Wenn unsere Abgeordneten beiseite treten, sich abseits stellen, eine Stellung außerhalb der Parteien einnehmen würden, so würden sie dadurch unter den heutigen Verhältnissen indirect das Gewicht jener Parteien vermindern, die die Losreißung Ungarns von Oesterreich, die Trennung der Arme und die Rückkehr zu 1848 auf ihre Fahne geschrieben haben. Wenn die Entscheidung auf des Messers Schneide gestellt ist, wenn fast gleichgroße Parteien mit einander ringen, dann ist es unsere Mannespflicht, uns nicht gleichgiltig auf die Seite zu drücken, sondern Farbe zu bekennen, und unsere Abgeordneten müssen nach der Lage der Dinge zu der Partei stehen, die uns am nächsten ist: zur liberalen Partei.

Man wird uns für diese selbstverleugnende That, für unsere Ehrlichkeit keinen Dank wissen (so ist's), aber das sächsische Volk ist in seiner kampfreichen und leidensvollen Geschichte durch Dank und Dankbarkeit nicht verwöhnt worden (so ist's) — wenn wir von den Zeiten der großen ungarischen Könige Ludwig des Großen und Matthias des Gerechten absehen.

Die Forderung, die an unsere Abgeordneten in der Resolution des Centralauschusses gestellt wird, für die Staatsordnung im Verbands der liberalen Partei einzutreten, enthält eine Einschränkung, nämlich die: „wenn nicht Maßregeln, welche, wie der in verschärfter Form dem vorigen Reichstag vorgelegte Volksschul-Gesetzentwurf, den Bestand des sächsischen Volkes gefährden, die Zugehörigkeit unserer Abgeordneten zu der liberalen Partei unmöglich machen.“

Das heißt soviel: Unsere Abgeordneten sollen aus der Regierungspartei austreten, wenn etwa die Annahme des Volksschul-Gesetzentwurfes von der Regierungspartei zu einer Parteifrage gemacht und unseren Abgeordneten die entscheidende Bekämpfung dieses von einem fanatischen und zugleich hinterhältigen Geist erfüllten Volksschul-Gesetzentwurfes verweigert werden sollte. Oder: unsere Abgeordneten sollen aus der Partei austreten, wenn der Volksschul-Gesetzentwurf der Härten und Verschärfungen, die seit der Enquete im Mai vorigen Jahres hinzugekommen sind, nicht entkeidet wird. Oder: sie sollen austreten, wenn ähnliche chauvinistische Maßregeln wie der Volksschul-Gesetzentwurf von der Regierung oder Gesetzgebung verfügt werden sollten.

Denn bei dem Eintritt solcher Eventualitäten kann man uns nicht die Selbstvernichtung zumuthen, nicht verlangen, daß unser patriotische Selbstverleugnung bis zu einer auch vom Vaterland nicht gewollten und ihm nachtheiligen Selbstvernichtung gehe! (So ist's.) Bei dem Eintritt solcher Eventualitäten ist der Austritt unserer Abgeordneten aus der Regierungspartei vor der Liebe zu unserem Vaterland gerechtfertigt. Wenn die Regierung und ihre Partei den Feuerbrand in das Staatsgebäude schleudern, wenn sie durch Chauvinismus den Krieg Aller gegen Alle in diesem Lande entfesseln, dann dürfen wir nicht mit schuldig werden. (Lebhafte Beifall.)

Ich empfehle daher und beantrage, auf Grundlage dieser auch vom Hermannstädter Kreisauschuß angenommenen Resolution des Centralauschusses die Candidaten aufzustellen, und nachdem wir gehört haben, daß unsere bisherigen Herren Abgeordneten auch ihrerseits diese Resolution acceptiren, so erlaube ich mir zu beantragen, daß im I. städtischen Wahlkreis Herr Dr. Wilhelm Brudner und im II. Herr Dr. Gustav Lindner neuerdings als Abgeordneten-Candidaten aufgestellt werden mögen.“ (Lebhafte Beifall und Applaus.)

Vorsitzer encunirt die einstimmige Annahme des Antrages, wodurch also die Candidation der genannten frühern Abgeordneten vollzogen worden ist.

Es wurde zum dritten Punkt der Tagesordnung geschritten: Neuwahl des Kreisauschusses für die Dauer der jetzt beginnenden Reichstags-Periode. Professor Martin Guster stellte den Antrag (ber bezüglich der Person des Antragstellers selbst von anderer Seite

ergänzt wurde), die folgenden vierzig Reichstags-Wähler in den Kreis-auschuß zu wählen, beziehungsweise wiederzuwählen: Adolf Albrich, Universitäts-Concipist, Karl Albrich jun., Realchulleiter, Dr. Albert Arz v. Straußenburg, Advocat, Johann Billes, Kaufmann, Dr. Wilhelm Brudner jun., Advocatur-Candidat, Ernst Buchholzer, Professor, Doctor Josef Capesius, Seminar-Director, Dr. Daniel Czetzlius, Stadtphysicus, Josef Drotless, Bürgermeister, Gustav Fabritius, Maschinen-Fabrikant, Karl Frisch, Landeskirchen-Secretär, Dr. Wilhelm Goriß, Magistrats-Vicenotär, Adolf Gottschling, Professor a. D., Heinrich Herbert, Professor a. D., Friedrich Hienz, Rothgerber, Albert von Hochmeister, Magistratsrath, Johann Josef Keil, Wäcker, Johann Kessler sen., Salami-Fabrikant, C. W. Krafft jun., Buchdrucker, Friedrich Kreidler, Weißbäcker, Martin Lani, Sparcassa-Oberbuchhalter, Ernst Lüdcke, Juwelier, Dr. Oscar v. Metz, Bodenereditiaustalts-Director, Julius Miffelbacher, Kaufmann, Josef Roederst, Rothgerber, Rudolf Mühlsteffen, Selcher, Albert Neugeboren, Steueramts-Cassier, Emil Neugeboren, Redacteur, Gustav Rusbäcker, Salami-Fabrikant, Eugen Rummeler, Apotheker, Friedrich Scheerer, Tuchfabrikant, Martin Schuster, Professor, Andreas Stampf sen., Privatier, Dr. Friedrich Teutich, ev. Stadtpfarrer, Doctor Konrad Teutich, Advocat, Josef Uhl, Rehlhändler, Johann Weindl, Kaufmann, Dr. Karl Wolff, Sparcassa-Director, Wilhelm Zacharics, Rothgerber, J. F. Zebbig, Banddirector. Der Antrag wurde mittelst Zuruf einhellig angenommen.

Nachdem Vorsitzer die anwesenden Wähler ermahnt hatte, bei der am 26. d. M. stattfindenden Reichstags-Abgeordnetenswahl sich zahlreich zu betheiligen und heute etwa abwesende Gesinnungsgenossen zur Betheiligung zu veranlassen, erklärte er die Wählerversammlung für geschlossen, worauf die Versammelten unter Hochrufen auseinandergingen.

Wahlbewegung. In der am 22. d. in Kronstadt abgehaltenen Reichstagswähler-Versammlung wurden die frühern Abgeordneten Traugott Copony für den I. G. Hinz für den II. Kronstädter städtischen, Dr. Karl Lutz für den Honigberger, Dr. R. Schmidt für den Weidenbacher Wahlbezirk als Candidaten proclamirt. Am selben Tage wurde in Schäßburg der frühere Abgeordnete Wilhelm Reizer wieder candidirt.

Politische Uebersicht.

Hermannstadt, 24. Januar.

So ist denn auch der letzte Sonntag der Wahlbewegung vorüber. An absolut unübersehbar Orten des Landes wurden Versammlungen abgehalten, in welchen die verschiedenen Candidaten und ihre Parteifrage bestrebt waren, die Gunst der Wählermassen auf ihre Seite zu bringen. Die politischen Leidenchaften sind zur Heile angefaßt.

Das „Ung. Telegr.-Corr.-Bureau“ meldet: Am 22. d. hat in Sachen der deutschen Handelsvertrags-Verhandlungen eine Berathung stattgefunden, an welcher Minister-Präsident Tisza, Handelsminister Hieronymi und Ackerbauminister Taliani theilgenommen haben und welcher auch die aus Berlin heimgekehrten Fachreferenten zugezogen waren.

Was nach allen Berichten der letzten Tage mit Bestimmtheit zu erwarten war, ist am 21. d. eingetreten: in Petersburg kam es zu schweren, blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Truppen. Aus den amtlichen Depeschen wird man selbstverständlich ein klares Bild des Straßenkampfes — von einem solchen muß wohl die Rede sein — nicht gewinnen. Der amtliche russische Drost läßt selbst in harmlosen Dingen, wenn er nichts Ernstes zu verschweigen hat, und nun vollends, wenn es sich um Ereignisse handelt, denen der revolutionäre Charakter nicht abgesprochen werden kann. Freilich muß selbst officiell zugestanden werden, daß 180 Tode den von den Truppen abgegebenen Salven zum Opfer fielen. Aber bei der riesigen Menge der auf das Winterpalais losstürmenden Arbeiter ist diese Ziffer offenbar zu tief gegriffen. Aus Paris kommt denn auch die Meldung, daß 500 Arbeiter gefallen sind und eine unabhärbare Zahl verwundet worden ist. Bezeichnend ist j denfalls, was selbst der officielle Telegraph meldet, daß nämlich auf die Aufforderung der Arbeiter hin ein Theil der Truppen die Gewehre gelockt haben. Das läßt erkennen, daß man sich nicht auf alle Soldaten unbedingt verlassen kann. Die Kosaken verrichten unterdeß gute Arbeit und es kann ja auch nicht bezweifelt werden, daß die Arbeiter-Revolte, wenn sie auf sich allein beschränkt bleibt und von der übrigen Bevölkerung nicht unterstützt wird, schließlich niedergeschlagen werden wird. Denn wie es auch um den Geist der russischen Arme beschaffen sein mag — gegen die unbewaffnete Canaille werden die Truppen sieghaft sein; mit den Japanern geht die Sache freilich ein bißchen schwerer. Und darum kann das Aufstehen der Arbeiter nur von der Verzweiflung inspirirt sein. Es war eine thörichte, eine geradezu kindliche Voraussetzung, daß der Kaiser zu ihnen kommen werde, um mit ihnen einen Pact über die constitutionelle und demokratische Organisirung Rußlands zu schließen; daß der autokratische Czar sich in einen Roi des quaux verwandeln, ein socialdemokratischer Monarch wird. Diese Bewegung ist also absolut hoffnungslos. Ob aber der beträchtlich geschwächte Czarkismus aus dem Blutbade gestärkt hervorgehen werde, das ist eine andere Frage. Denn Schlächtereien heilen ein solch elementares Uebel nicht; die Revolution ist augenblicklich im Anmarsch; alle Volksschichten sind von revolutionärem Geiste ergriffen, und rührt sich einmal die große Menge, welche doch auch in Rußland nicht aus lauter verclauten Arbeitern besteht, so wird die Arme, in welcher Karätschen-Schiffe, wie man sie bei der Wasserweiche erlebt, möglich sind, die Katastrophe nicht aufhalten.

Der Führer der Arbeiter Priester Gapon richtete an den Kaiser folgendes Schreiben: „Herrlicher! Glaube nicht, daß Dir die Minister die volle Wahrheit über die Lage sagten. Das ganze Volk vertraut Dir und beschloß, morgen um 2 Uhr Nachmittags vor dem Winterpalais zu erscheinen, um Dir seine Note darzulegen. Wenn Du wankelmüthig nicht vor dem Volke erdickst, dann zerbrichst Du die moralischen Bande zwischen Dir und dem Volke und das Vertrauen zu Dir wird schwinden, da unschuldiges Blut zwischen Dir und dem Volke fließen wird. Erscheine morgen vor Deinem Volke und empfangende mutigen Geistes unsere Ergebenheits-Adresse; ich, der Vertreter der Arbeiter, und meine tapferen Arbeiter-Genossen garantiren Dir die Unverletzlichkeit Deiner Person.“

Vocal- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 24. Januar.

(Aufgebote beim Standesamt in Hermannstadt.) Johann Gustav Andrae, Comitats-Vicenotär, aus Maros-Basarhely, und Mathilde Regine Speck, aus Hermannstadt, Beide evang. A. B. und hier. — Friedrich Rothembäcker, Landmann, hier, und Bertha Tontsch, in Brennholz, Beide evang. A. B. und aus Brennholz. — Peter Alb, und Maria Rörösladany, Beide griech.-orient. in und aus Gyula. — Emerich Voldizjar, in Hermannstadt, aus Darles, und Kofalia Hankocz, in und aus Alvincz, Beide röm.-kath. — Andreas Roth, Landmann, und Katharina Roth, Beide evang. A. B., in und aus Kerg. — Emerich Süß, Tischlergehilfe, ev.-ref., aus Klausenburg, und Lidia Falab, Köchin, unitarisch, aus St.-Abraham, Beide in Hermannstadt. — Marian Trajan, Krankenwärter der Landesheilkunst

für G
Herm
gr.-lat
Logar
in und
Sarka
(Eder
Sigm
zum P
B fam
findet
Soale
Morgen
25. d.
und er
VArro
findet
Glo d
(Reise
leiter
Es ist
Herr
die von
ein vol
Damen
sowie
Stärk
lebender
lieft
Beginn
günstige
gymnast
seiner
Directio
gramm
gebielt
ausdres
vom De
hazaj
zum Joh
sprechen
preisgek
lieber, f
Chor.
Octabam
vom Ju
jameda
Frauen
Falschig
in den
Publican
Langem
geschwun
geändert
sich reit
fann, we
dießjähri
voll un
in früher
hätte, daß
wurde da
flogen die
den Park
Kapelle in
Tanze au
gehalten
ein schne
Sturm d
sich wüß
Ballerin
im Veres
erführte
Während
eine schon
entdeckt
mit groß
und das
konnte ma
und jenen
angehören
bis auf's
im Ration
mit der
naststen
erwähnt,
Die am
werden, de
Vorbeschi
zu bringen
Salamand
Rede, in d
und in der
und ihre
weiter, un
gonnen.
Mit dem
nächsten So
Radulob
das Grab
der Volkss
Petrasen
Comitates
berichtet:
Advocatur
Domofos
seinem Tag
die Waffe u
Die Mutter

3. 2/1905. C. B. M.

[68] 2-2

Rundmachung.

Se. kaiserliche und apostolisch königliche Majestät hat mit allerhöchster Entschliessung vom 4. Januar l. J. den nächsten Reichstag für die Jahre 1905-1910 auf den 15. Februar l. J. allergnädigst einzuberufen geruht.

In Folge dieser allerhöchsten Entschliessung und auf Grund der von Seiner Excellenz dem Herrn Innenminister unter dem 4. Januar 1905 erlassenen Circular-Berordnung, Z. 292, hat der Central-Wahlaußschuß der königl. freien Stadt Nagyszeben den Tag der allgemeinen Reichstags-Abgeordnetenwahl in den beiden Wahlkreisen der Stadt Nagyszeben auf

Donnerstag den 26. Januar 1905

anberaumt und gibt auf Grund des §. 62 des XXXIII. Gef.-Art. vom Jahre 1874 folgende Bestimmungen bekannt:

1. Zur Leitung der Wahl werden entsendet:

Im I. Wahlkreise:

Präsident: **Gustav Theis.**
Präsident-Stellvertreter: **Albert Neugeboren.**
Schriftführer: **Dr. Wilhelm Goritz.**
Schriftführer-Stellvertreter: **Dr. Heinrich Binder.**

Im II. Wahlkreise:

Präsident: **Albert v. Hochmeister.**
Präsident-Stellvertreter: **Franz Zimmermann.**
Schriftführer: **Hermann Orendt.**
Schriftführer-Stellvertreter: **Gustav Conrad.**

2. Als Wahllocale werden bestimmt:

im I. Wahlkreise: der Sitzungssaal des städtischen Rathshauses,

im II. Wahlkreise: der Sitzungssaal des Gewerbevereines.

3. Der Wahlpräsident eröffnet das Wahlverfahren am bezeichneten Tage und Orte um 8 Uhr Morgens.

Wenn jedoch derartige Hindernisse aufgetaucht sind, wegen welchen das Wahlverfahren nicht eröffnet werden konnte, so verschiebt der Wahlpräsident die Eröffnung auf eine Stunde.

Den Abgeordneten müssen zehn Wähler des Bezirkes vereint empfehlen. Diese Empfehlung ist dem Wahlpräsidenten schriftlich zu übermitteln, welcher dieselbe an dem von ihm zu bestimmenden Zeitpunkte und Orte auch am Tage vor der Wahl übernehmen kann; spätestens ist aber eine solche Empfehlung eine halbe Stunde nach Eröffnung der Wahl dem Wahlpräsidenten zu übergeben.

Gleichzeitig mit der Empfehlung ist für jeden Candidaten ein Vertrauensmann zu designiren; es steht jedoch dem Empfehler frei, zwei Vertrauensmänner zu designiren.

Als Vertrauensmänner können nur auf dem Gebiete deselben Municipiums wohnhafte Personen designirt werden.

Wenn innerhalb einer halben Stunde nach Eröffnung der Wahl nur eine Person empfohlen wurde, erklärt der Wahlpräsident die Wahl für beendet und proclamirt die betreffende Person als gewählten Reichstags-Abgeordneten.

Wenn in der zur Empfehlung bestimmten Zeit mehrere Personen zu Abgeordneten-Candidaten empfohlen wurden, ist der Wahlpräsident verpflichtet, die Abstimmung anzuordnen; in diesem Falle ist die Abstimmung um 9 Uhr Morgens zu beginnen und ohne Unterbrechung fortzusetzen.

Im Falle der Verschiebung des Wahlverfahrens ist sowohl die zur Einreichung der Candidaten bestimmte halbe Stunde, als auch die zur Anordnung der Abstimmung bestimmte Stunde vom Zeitpunkte der tatsächlichen Eröffnung zu rechnen.

Der Wahlpräsident kann den Beginn der Abstimmung im Bedarfsfalle auf eine Stunde verschieben.

Bei der Wahl besitzen nur diejenigen Stimmrecht, welche in der Wählerliste enthalten sind, und besitzen diese nur in jenem Bezirke Stimmrecht, in welchem sie conscribirt sind.

Zur Controlle der Personidentität der Wähler sind zwei hiezu betraute Mitglieder des Magistrats berufen, die verpflichtet sind, zu diesem Behufe am Wahlort zu erscheinen und auch während der Schlusssunde anwesend zu sein.

Uebrigens hat auch der Vertrauensmann eines jeden Candidaten das Recht, aus dem betreffenden Wahlkreise einen Inoffizien als Identitätszeugen zu bezeichnen.

Im Abstimmungslocale dürfen nur die Mitglieder der Stimmenzählungs-Deputation, die Vertrauensmänner, der Verwaltungsbeamte und die dem Schriftführer beigegebenen Kanzlisten anwesend sein, außer diesen die abgeordneten Mitglieder des Magistrats, der von den Vertrauensmännern der Candidaten namhaft gemachte Gemeinde-Einwohner und endlich die zur Abstimmung hiezu berufenen Wähler.

Die Wähler dürfen mit keinerlei Waffen oder Stöcken erscheinen.

Aus der Sitzung des Central-Wahlaußschusses der königl. freien Stadt Nagyszeben vom 20. Januar 1905.

Gustav Theis, Bürgermeister-Stellvertreter, Präsident.

Hermann Orendt, Schriftführer.

Beamten=Waise

Sucht Stellung in der Stadt oder am Lande zu Kindern zum Unterricht in der deutschen Sprache. Selbe zieht weniger auf viel Bezahlung, als auf gute Behandlung. (70) 1-3

Näheres in der Administration dieses Blattes.

Den beliebten

Ellischauer Schmetten-Käse

liefert die (50) 6-49

Wirtschafts-Direction Ellischau.

Post Silberberg, Böhmen,

unter gesetzlich geschützter Marke.



Wegen Ueberfiedlung

ist ein kleines

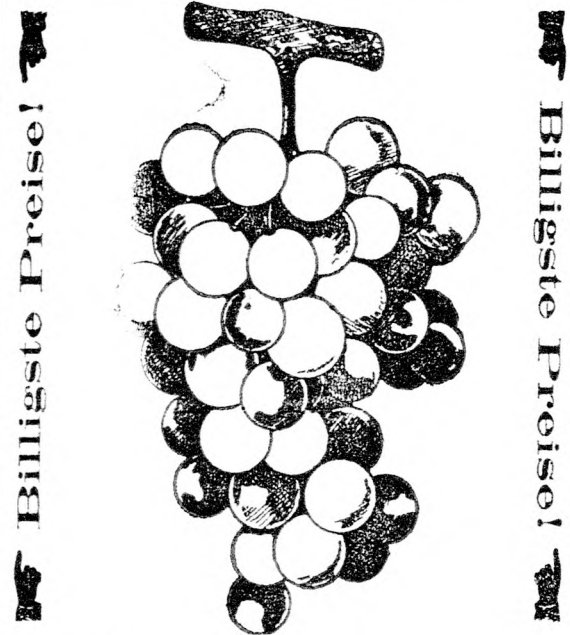
stodhohes Haus

in der Unterstadt

preiswürdig zu verkaufen. — Wo? sagt aus Gefälligkeit die Administration dieses Blattes. (909) 7



„Millennium-Anlage“ Nagysz.



Schöne, haltbare Trauben

wird nur Derjenige haben, der den Preis-Katalog der grössten ungarischen Rebencultur, welche mit staatlicher Unterstützung und unter staatlicher Aufsicht gegründet wurde, gratis verlangt. (1905) 11-20

Aus dem Amtsblatte.

Victationen.

Am 6. Februar (auch unter dem Schätzungswerte) Liegenschaften des Johann Molnar in Garina. (Bistritzer Gerichtshof.)

Am 6. Februar (auch unter dem Schätzungswerte) Liegenschaften des Dr. Julius Gwörffy in Garoszeg. (Gef. Bentmarioner Bezirksgericht.)

Am 13. Februar (auch unter dem Schätzungswerte) Liegenschaften des Michael Samuel in Toplicza. (Szab. regener Bezirksgericht.)

Am 23. Februar (auch unter dem Schätzungswerte) Liegenschaften der Witwe nach Edmund Kovacs in Gergely-Szent-Miklos. (Dortiger Bezirksgericht.)

Am 18. März (auch unter dem Schätzungswerte) Liegenschaften des Karl Tarocsy in Maros-Glapo. (Dießfentmarioner Bezirksgericht.)

Am 27. März (freiwillig) Liegenschaften des kön. ung. Staatsanwalts in Székely-Aldarhely. (Dortiger Gerichtshof.)

Am 27. April (auch unter dem Schätzungswerte) Liegenschaften des Galpar Pfeisich in Remend. (Debaer Gerichtshof.)

Auforderungen.

Vom Bajer Bezirksgerichte an Similia Bell, zur Tagfahrt am 30. Januar zu erscheinen.

Vom Hermannstädter Bezirksgerichte an Friedrich Alfred Müller, zur Tagfahrt am 30. Januar zu erscheinen.

Vom Marosvásarhelyer Bezirksgerichte an Verge Dumitru, zur Tagfahrt am 8. Februar zu erscheinen.

Vom Klausenburger Gerichtshof zur Anmeldung von Ansprüchen auf die Concursmasse des A. Kraus und Sohn in Klausenburg bis 11. Februar.

Vom Karlsburger Gerichtshof zur Anmeldung von Ansprüchen auf die Concursmasse der Alona Banbai Witt in Karlsburg bis 28. Februar.

Vom Hermannstädter Gerichtshof zur Anmeldung von Ansprüchen auf die Concursmasse des Martin Daniel in Hermannstadt bis 8. April.

Erledigungen.

Beim Elisabethstädter Gerichtshof eine Vicenotär-Stelle. Gesuche bis 4. Februar.

Beim Gfölkereader Gerichtshof eine Richter-Stelle. Gesuche bis 7. Februar.

Beim Gergelyszentmiklosker Bezirksgerichte eine Unterrichter-Stelle. Gesuche bis 7. Februar.

Beim Bistritzer Bezirksgerichte eine Kanzlisten-Stelle. Gesuche bis 11. Februar.

Rundmachungen.

Vom Tordaer Gerichtshof, daß die Tagfahrt wegen Com-massation in Dombro am 27. Februar stattfinden.

Vom Székelyváradker Gerichtshof, daß Beniam Hentes aus Varasd unter Curatel gestellt wurde.

Vom Elisabethstädter Gerichtshof, daß der Concurs gegen Dominik Bapp in Radnóth und gegen Anna Reicha in Elisabethstadt aufgehoben wurde.

Vom Klausenburger Gerichtshof, daß Daniel Marotian aus Klausenburg unter Curatel gestellt wurde.

WILHELM MÜHLE

k. u. k. Hoflieferant, Temesvár.

Grossculturen von

Samen, Pflanzen, Rosen, Bäumen

etc.

(Culturland: 62 Kat.-Joch = 37 Hektar.)

Das Beste in Samen und Blumenzwiebeln.

Das Edelste in Obst-, Zier- und Alleebäumen.

Das Schönste in Nadelhölzern und Sträuchern.

Reich illustrierte, beschreibende Kataloge gratis. (54) 2-3

Postsendungen mit Samen von 5 Kr. aufwärts franco.

Jeder Bestellung wird „Mühle's Rathgeber für Gartenbau“, das beste Gartenbuch, gratis beigelegt.

Bekanntmachung.

Hiemit gebe ich meinen geehrten bisherigen Kunden und dem p. t. Publicum höflichst bekannt, dass

Herr Carl Ludwig

an meinem Unternehmen für

Senkgruben-Reinigung und Kehrrecht-Ausfuhr

von heute an als Compagnon theilhaftig ist, für dasselbe rechtskräftig alle Aufträge und Abonnements dankend entgegennimmt, Auskünfte ertheilt und überhaupt alle Geschäfts-Agenden bestens besorgen wird.

Ich bitte daher die p. t. Herren Hausbesitzer, in Bedarfsfällen auch von jetzt an um weitere Unterstützung und Btheiligung an unserem Unternehmen.

Für reelle und pünctliche Bedienung zu billigsten Preisen wird wie bisher bestens Sorge getragen.

Hermannstadt, im Januar 1905.

Die Unternehmung für

Senkgruben-Reinigung und Kehrrecht-Ausfuhr

Gustav Stuchlich.

[69] 2-2



Cognac

CZUBA-DUROZIER & Cie.

DISTILLERIE FRANÇAISE, PROMONTOR.

Überall zu haben.

Generalvertretung: RUDA & BLOCHMANN Budapest

[1122] 15-16

Erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neuer und alter

Haus-Kalender

für das Jahr

1905.

Klein octav, 188 Seiten.

Preis 30 Heller, mit Postzusendung 40 Heller.

Inhalts-Verzeichniss.

- Jahresrechnung für das Gemeinjahr 1905 — Die 12 Himmelszeichen — Die Sonne mit den Planeten — Die Mondesviertel — Jahresregent: Die Sonne — Jahres-Charakter — Von den Finsternissen — Sichtbarkeit der Planeten — Von den Jahreszeiten — Die vier Quatember — Ostartabelle.
- Calendarium.
- Kalender der Juden.
- Bauernregeln.
- Genealogie des regierenden Kaiser-Königshauses von Oesterreich-Ungarn.
- Genealogie der wichtigsten europäischen Regentenhäuser.
- Jahrmärkte.
- Post- und Telegraphenwesen: A. Briefpost, B. Fahrpost, C. K. ungar. Postsparsasse, D. Post-Curse, E. Telegrafen-Bestimmungen, F. Telephon-Bestimmungen in Hermannstadt.
- Eisenbahnwesen: Zonen-Tarif.
- Stempel- und Gebührenwesen.
- Ein Adjutant Bem's. Von O. C.
- Der Verfolgte. Eine Erzählung aus dem ungarischen Volksleben. Von Julius Theis.
- Das Jahrhundert nach den Fürsten. Von Johann Leonhardt.
- Rückblick auf die Zeit vom 1. September 1903 bis Ende October 1904.
- Der russisch-japanische Krieg.
- Humoristisches.
- Mannigfaltiges und Gemeinnütziges.
- Inserate.

Wandkalender.

Gross-Plakat in Farbendruck.

Preis 30 Heller, mit Postzusendung 40 Heller.

Friedrich Roth vormals Adolf Reissenberger,

Buchdruckerei, Zeitungs- und Kalender-Verlag,

Hermannstadt, Wintergasse Nr. 9.